

Kulturentwicklungsplanung – Forschungsbedarfe und -desiderate

Patrick S. Föhl

Kulturentwicklungsplanung ist wieder im Kommen. Viele Kommunen besinnen sich dieses Instruments und geben seine Anwendung in Auftrag. Die neueren Konzepte sind in der Regel mit anwendungsbezogener Kulturpolitikforschung verbunden. Welche Studien und methodischen Ansätze werden vor allem gebraucht?

Beteiligungsorientierte Kulturpolitik

Die gegenwärtige Kulturpolitik ist zunehmend aufgerufen, möglichst unterschiedliche Akteure zu einem Dialog über die künftige Kulturentwicklung aufzurufen. Diese Form der Partizipation zielt darauf ab, eigene Ziele, Ideen und Erwartungen im Hinblick auf konkrete Veränderungsmaßnahmen im Kulturbereich offen und transparent zu formulieren. Kulturentwicklungsplanung (KEP) kann solche Prozesse sehr befördern und erlebt nicht zuletzt deshalb in Deutschland seit einigen Jahren eine Renaissance. Kulturpolitik wird dabei oft als Gesellschaftspolitik verstanden, indem sie den – zumeist nicht einfachen – Versuch unternimmt, neue kulturelle Entwicklungen aufzugreifen und breiter zu diskutieren. Auf diese Weise wird der Ansatz einer Top-Down orientierten Kulturpolitik um Bottom-Up-Ansätze ergänzt. Allerdings ist dieses Modell in Ermangelung umfangreicher Erfahrungen der Beteiligten im Hinblick auf Praktiken kooperativer Demokratie bislang als Suchbewegung zu verstehen.

Die gegenwärtigen Verfahren der Kulturentwicklungsplanung oszillieren dabei oft zwischen den bisher gängigen kulturpolitischen Wachstums- oder Abbauszenarien. Auffällig ist, dass sie sich vermehrt dem Thema der Transformation annehmen, weil sich bestehende Determinanten, Paradigmen und Konzepte aufgrund des rapiden gesellschaftlichen Wandels in immer höherer Geschwindigkeit verändern. Dabei geht es in der Regel nicht darum, bestehende Strukturen zur Disposition zu stellen, sondern diese durch Transformations- und Aushandlungsprozesse zu profilieren und als (neue) Fundamente für eine zukunftsorientierte und kooperative Kulturentwicklung zu stärken.

Die größten Herausforderungen von KEP-Prozessen bestehen vor diesem Hintergrund darin,

relevante Akteure – auch aus Querschnittsfeldern – zu überzeugen, offen an solchen Projekten mitzuwirken und eine Selbstverpflichtung der Kulturpolitik zu erreichen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, entsprechende Veränderungsprozesse mitzutragen und zu ermöglichen. Nicht selten besteht allerdings die Gefahr, wieder zu alten Mustern zurückzukehren, was dann zu Politikverdrossenheit führen kann – gerade bei Bürgerbeteiligungsverfahren.

Welche Methoden und Ansätze, die nicht – frei nach Ludwig Hohl – das nähere, sondern das höhere Bild zum Ergebnis haben, sind zielführend, um die notwendigen Veränderungen auf den Weg zu bringen?

Aktuelle Methoden der Kulturentwicklungsplanung

Um der Frage nachzugehen, ist zunächst ein Blick auf aktuelle Praktiken in der KEP notwendig. Dabei ist festzustellen, dass der Einsatz eines sequentiellen Methodendesigns zunehmend im Mittelpunkt von KEP-Verfahren steht. Durch verschiedene Stufen und Öffnungswinkel sollen schrittweise unterschiedliche Formen der Wissens- und Ideengewinnung, der Vertrauensbildung und der Ermächtigung vollzogen werden. Exemplarisch für einen sequentiell und multiperspektivisch angelegten Analyse- sowie Partizipationsprozess sei auf die gegenwärtig laufende Kulturentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf verwiesen (s. www.kep-duesseldorf.de), die sowohl gängige und erprobte als auch neue Methoden zum Einsatz bringt (s. umseitige Grafik).

Forschungsbedarfe und -desiderate im Feld der Kulturentwicklungsplanung

Die bisherigen Ausführungen zeigen folgende zentrale Forschungsbedarfe und -desiderate im Feld der Kulturentwicklungsplanung auf:

1. **Monitoring:** Die bundesweit durchgeführten und laufenden KEP-Verfahren fördern einen großen Analyse- und Kenntnisstand über die aktuellen Situationen und Themen auf lokaler, regionaler und auf der Landesebene zu Tage. Sie

Dr. Patrick S. Föhl ist Leiter des Netzwerks Kulturberatung in Berlin und aktuell Projektleiter des KEP-Prozesses der Landeshauptstadt Düsseldorf im Auftrag des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

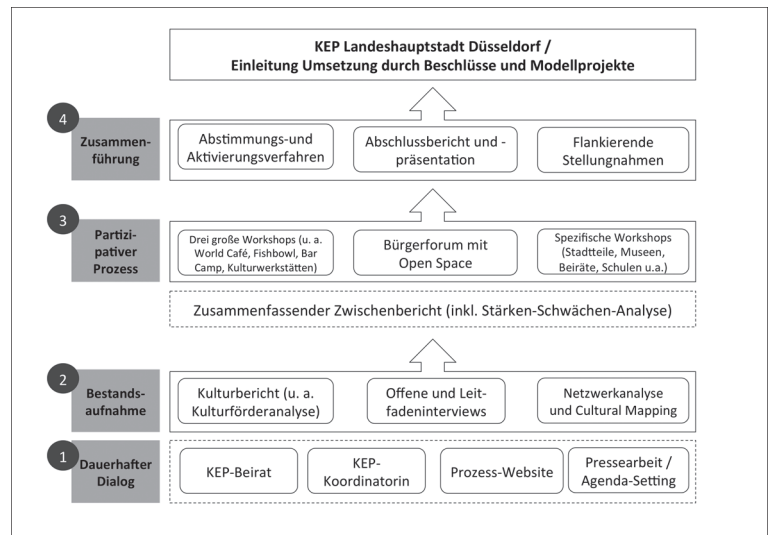


wirken – wie kein anderer derzeitiger Ansatz – als kulturpolitischer Seismograph. Ein gezieltes und vergleichendes Monitoring könnte dieses Wissen aufarbeiten. Damit ließen sich Bedarfe und Konzepte für eine zeitgemäße Kulturentwicklung ermitteln und formulieren sowie laufende Diskurse entsprechend qualifizieren. Zu diesen Themen zählen in fast allen gegenwärtigen Planungen und Plänen vor allem die folgenden:

- Reformierung von Verfahren in der Kulturpolitik, der Kulturverwaltung und der Kulturförderung
 - Stärkung von Angeboten kultureller Teilhabe und Bildung als Form von Community Building
 - Sichtbarmachung kultureller Angebote – insbesondere über einen engeren Schlußschluss mit dem Tourismusbereich und eigene digitale Plattformen
 - Schaffung von Ankereinrichtungen und neuen kooperativen Räumen / Stärkung kooperativer Strukturen insgesamt
2. Unabhängige und/oder begleitende Forschung zu Transformationsmethoden und -erfordernissen in der Kulturentwicklung: Die bisher angewendeten Methoden in der KEP wurden in den letzten Jahren, insbesondere hinsichtlich partizipativer und ergänzender Mapping-Ansätze (z.B. Netzwerkanalyse), erweitert. Zugleich zeigt sich, dass der Bedarf an neuen Methoden steigt, um der zunehmenden Komplexität gerecht zu werden und die Wirkung von KEP-Prozessen mit mehr Nachhaltigkeit zu gestalten (z.B. politische Beschlussfassungen). Hierzu zählen u.a. ergänzende Ermächtigungspraktiken, die Einbindung künstlerischer Partizipationsansätze und digitale Cultural-Mapping-Instrumente. Der Einsatz entsprechender Methoden ist nur bedingt in den in der Regel durch die Politik beauftragten KEP-Verfahren möglich, da diese oft mit konkreten Erwartungen verbunden sind. Hier bedarf es ergänzender Forschungsansätze, um neue Verfahren formulieren, erproben und spezifizieren zu können.

Ausblick

Viele Kritiker gegenwärtiger Kulturpolitik beklagen seit Jahren deren fortschreitende Marginalisierung. Konzeptorientierte Kulturpolitik kann als Reaktion darauf interpretiert werden. Ihre Begründung findet sie allerdings in der Notwendigkeit, Kulturpolitik auf der Grundlage konsensfähiger Ziele und eingedenk der vorhandenen Ressourcen rationaler planen zu müssen respektive auch zu können. Denn einerseits wird evident, dass durch entsprechende Diskurs- und Planungsverfahren – zumindest zum



Teil – konsensfähige sowie zeitgemäße kulturpolitische Ziele und Maßnahmen formuliert werden können. Andererseits erschließen sich vor allem durch die Bearbeitung der genannten Querschnittsthemen neue Möglichkeiten für kulturelle Einrichtungen sowie für Projekte in der Kooperation mit anderen Akteuren. Damit kann der befürchteten Marginalisierung von Kulturpolitik tendenziell entgegen gewirkt und auf die Gestaltungs- sowie Entwicklungspotenziale im Bereich von Kunst und Kultur aufmerksam gemacht werden. Deshalb ist die Reflexion und Erforschung durchgeführter und laufender Verfahren sowie die Entwicklung neuer methodischer Ansätze in hohem Maße elementar für die Stärkung einer gesellschaftsorientierten – und damit zukunfts-fähigen – Kulturpolitik.

Abb.: Sequenzieller analyse- und teiligungsorientierter Methodenansatz am Beispiel der Kulturentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf 2016–2017 (© Patrick S. Föhl)

Inklusive Kulturelle Bildung und Kulturarbeit
Förderer und Akteure – Programme und Projekte
Institut der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Bonn 2014, Materialien Heft 14 | 48 Seiten, 10 Euro (Schutzgebühr), ISBN 978-3-923064-05-2

Inklusive Kulturelle Bildung und Kulturarbeit

Förderer und Akteure – Programme und Projekte
Institut der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Bonn 2014, Materialien Heft 14 | 48 Seiten, 10 Euro (Schutzgebühr), ISBN 978-3-923064-05-2

Inklusion ist ein altes Thema der Neuen Kulturpolitik. Schon in den 1970er Jahren bemühte man sich, Menschen mit Handicaps als Publikum und Akteure in die gemeinsame Kulturarbeit einzubinden. Im Medium der Kunst spielen Behinderungen zumeist nur eine untergeordnete Rolle. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 erlangte das Thema neue Aktualität und erhielt rechtverbindlichere Grundlagen. Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft mit finanzieller Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorliegende Studie erstellt. Sie widmet sich zunächst der Aktualität des politischen Themas und erläutert das Inklusionspostulat der Neuen Kulturpolitik. Anschließend werden exemplarische Förderer, Akteure und Programme der inklusiven Kulturellen Bildung und Kulturarbeit vorgestellt. Ein weiterer Teil behandelt Probleme und Herausforderungen des Themenfeldes und formuliert erste Handlungsempfehlungen. Zu guter Letzt werden exemplarische Projekte inklusiver Kultureller Bildung und Kulturarbeit vorgestellt.

Autoren sind Franz Kröger, Prof. Dr. Irmgard Merkt und Dr. Norbert Sievers
Bestellungen über die Geschäftsstelle oder über www.kupoge.de